

(A)

Beginn: 10.03 Uhr

Präsidentin Friebe: Meine Damen und Herren! Ich begrüße Sie zu unserer heutigen 14. Sitzung des Landtags und heiße Sie recht herzlich willkommen. Ich begrüße auch die Bürgerinnen und Bürger auf der Zuschauertribüne sowie die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Presse, Rundfunk und Fernsehen.

Die heutige Plenarsitzung wurde erforderlich, da wir die 12. Sitzung am 7. November nicht zu Ende führen konnten, sondern sie aufheben mußten. Wir behandeln daher heute die an diesem Tag nicht erledigten Tagesordnungspunkte.

Für die heutige Sitzung haben sich elf Abgeordnete entschuldigt. Ihre Namen werden in das Protokoll aufgenommen.

Ich rufe Punkt 1 der Tagesordnung auf:

Zweites Gesetz zur Änderung des Flüchtlingsaufnahmegesetzes - FlüAG -

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 11/676

(B)

erste Lesung

Ich erteile dem Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales, Herrn Heinemann, das Wort.

(Minister Heinemann tritt zum Rednerpult - Beifall bei der SPD - Zurufe von der Opposition - Abgeordneter Dr. Vesper [GRÜNE]: Seid ihr alle da?)

Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales Heinemann: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrte Damen und Herren! In der kontroversen Debatte über die Änderung zum Flüchtlingsaufnahmegesetz ist es notwendig, an die Präambel unserer Landesverfassung zu erinnern. Darin wird zum Ausdruck gebracht, daß unsere Verfassung dem inneren und dem äußeren Frieden dienen soll. Diesem Grundsatz haben alle Abgeordneten des Parlaments zu dienen.

(C)

Ich stelle jedoch fest: Was sich die Damen und Herren von der CDU-Fraktion in der öffentlichen Auseinandersetzung leisten, ist eine grobe Beschädigung von Geist und Sinn unserer Landesverfassung.

(Beifall bei der SPD - Heftiger Widerspruch von der CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren von der CDU, ich will noch deutlicher werden. Was Sie sich derzeit in der Flüchtlingspolitik leisten, ist eine Strategie à la Sonthofen, an der Franz Josef Strauß seine helle Freude gehabt hätte.

(Beifall bei der SPD - Widerspruch von der CDU - Abgeordneter Arentz [CDU]: Das müssen Sie sagen!)

Präsidentin Friebe: Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage - -

Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales Heinemann: Sie wollen mit Ihren politischen Manövern, daß sich die Situation in unseren Städten und Gemeinden weiter unerträglich zuspitzt.

(Beifall bei der SPD - Widerspruch von der CDU - Abgeordneter von Unger [CDU]: Unerhört!)

(D)

Sie treiben Ihr Spiel vor allem auf dem Rücken der besonders belasteten städtischen Ballungszentren, aber auch vieler überbelasteter Gemeinden in den ländlichen Gebieten. Sie zerren die Ausländerpolitik in den Wahlkampf und leisten damit der Ausländerfeindlichkeit in unserem Lande Vorschub.

(Beifall bei der SPD)

Ich kann nur an Sie appellieren: Beherzigen Sie die besonnenen Worte Ihres früheren Generalsekretärs Geißler, die er erst letzte Woche im "SPIEGEL" geäußert hat: "Das Ausländerthema darf nie zum Gegenstand parteipolitischer Auseinandersetzungen werden!"

(Beifall bei der SPD)

(A) (Minister Heinemann)

Kehren Sie also zurück zu einer Politik, die aus Verantwortung den sozialen Frieden in unserem Lande bewahrt! Das heißt auch: Hören Sie endlich damit auf, eine sozial verantwortliche Regelung der Flüchtlingsaufnahme zu torpedieren, um den Kessel weiter anzuheizen!

(Beifall bei der SPD)

Ihr Ziel ist es nicht, den Städten und Gemeinden gerechte Entlastung zu bringen. Sie haben sich darauf versteift, die Belastungssituation anzuheizen, um sich auf das Grundrecht auf Asyl einzuschießen. Eine solche verantwortungslose Politik lehnen wir entschieden ab.

(Beifall bei der SPD)

Was wir von Ihnen verlangen, meine Damen und Herren, ist kein ideologisches Schattenboxen, sondern, sich nun endlich als nordrhein-westfälische CDU der Interessen unserer Menschen anzunehmen.

(Beifall bei der SPD)

Ich frage Sie: Warum richten Sie Ihre Kanonen denn nicht einmal auf die schweren Versäumnisse der Bundesregierung?

(B)

(Lachen bei der CDU)

- Ihnen wird das Lachen vergehen!

Sind Sie nur eine PR-Filiale der Bundesregierung, die von Bonner Problemen ablenkt, oder wollen Sie endlich mit uns feststellen: Beim Bundesamt in Zirkdorf, einer Behörde, die in der Verantwortung der Bundesregierung steht, stapeln sich augenblicklich über 147 000 unerledigte Asylanträge,

(Abgeordneter Hunger [SPD]: Hört, hört!)

rund 50 000 mehr als noch zu Beginn des Jahres! Davon sind 60 000 unerledigte Anträge von Asylbewerbern aus europäischen Ländern mit der Spitzenposition aus Rumänien mit 25 908.

Was dort die Bundesregierung versäumt, um durch Personalaufstockung die Antragsbearbeitung zu beschleunigen, müssen unsere Städte und Gemeinden auslöffeln.

(C)

(Ach-Rufe von der CDU - Beifall bei der SPD)

- Herr Arentz, Sie sind endlich einmal selbstkritisch, indem Sie sich an den Kopf fassen. Sie sind endlich einmal selbstkritisch, was man bei Ihnen sonst nicht feststellen kann.

Das, was dort geschieht, kostet die Länder einige 100 Millionen DM an unnötigen Sozialhilfeleistungen, die wegen der Versäumnisse der Bundesregierung zu zahlen sind.

(Beifall bei der SPD)

Ich füge noch ein Zweites hinzu: Lassen Sie doch Ihre Muskeln einmal bei Ihren CDU-Kollegen in den anderen Bundesländern und bei der Bundesregierung spielen, damit unser Antrag auf eine Verkürzung der Asylverfahren sowie der Einzelrichterentscheidungen zügig vorankommt. Auch dies würde unsere Städte und Gemeinden ganz erheblich entlasten.

Ich plädiere für eine geordnete Zugangspolitik, in deren Rahmen wir unsere Änderungen zum Flüchtlingsaufnahmegesetz vorlegen. Unser Ziel bleibt eine möglichst gleichmäßige Belastungssituation in allen Städten und Gemeinden unseres Landes.

(D)

Hierzu haben wir bereits die Aussiedlerverteilerverordnung eingebracht. Überlastete Gemeinden und Städte - und ich betone: besonders auch im ländlichen Raum, in Ostwestfalen, im Oberbergischen Kreis und in Teilen des Märkischen Kreises - wurden von der Aufnahme von Aussiedlern freigestellt. Jetzt wollen wir mit den Änderungen im Flüchtlingsaufnahmegesetz diesen Weg fortsetzen. Ich bin deshalb davon überzeugt, daß dieses Gesetz nicht verfassungswidrig ist.

Wenn Sie von der CDU-Fraktion immer wieder behaupten, hier würden die ländlichen Kreise einseitig benachteiligt, kann ich nur sagen: Legen Sie Ihre ideologische Blindenbinde ab und schauen Sie auf die Fakten! Die neue Verteilerverordnung belastet beispielsweise immerhin 8 von 23 kreisfreien Städten, darunter auch Städte wie Düsseldorf, Duisburg, Dortmund, Köln und Oberhausen. Gleichzeitig werden aber auch ländliche Regionen entlastet. Wir entlasten zum Beispiel den Kreis Gütersloh, den Kreis Herford, den Kreis Lippe, den Kreis Minden-

(A) (Minister Heinemann)

Lübbecke, den Kreis Paderborn und Teile des Märki-
schen Kreises von Asylbewerbern.

Diese wenigen Beispiele belegen bereits, daß es uns
nicht darum geht, Städte und ländliche Kreise gegen-
einander auszuspielen, wie Sie das versuchen.

(Abgeordneter Schauerte [CDU]: Genau das
machen Sie: Sie spielen aus!)

- Herr Schauerte, Sie wissen doch, daß das, was Sie
jetzt wieder behaupten, nicht wahr ist. Ihre Wahr-
heitsliebe ist doch in der Vergangenheit schon nicht
groß gewesen, und sie sinkt von Woche zu Woche.

Natürlich bleiben einzelne Härten in den ländlichen
Kreisen nicht aus, wenn wir die Spitzenbelastung der
Ballungszentren abmildern wollen. Und dies ist not-
wendig; denn gerade hier treten bei der Beschaffung
von Wohnraum, von Grundstücken für Notunterkün-
fte besondere Engpässe auf.

Aber wenn wir zukünftig bei der Aufnahme von
Flüchtlingen den Flächenanteil mit 10 % anrechnen
wollen, dann ist dies keine Revolution in der Lasten-
verteilung, sondern eine behutsame Anrechnung der
Fläche, mit der wir bereits der besonderen Situation
der ländlichen Gemeinden Rechnung tragen.

(B)

Ich kann Sie von der CDU-Fraktion deshalb nur
auffordern: Schauen Sie doch einmal über die Lan-
desgrenzen zu Ihrem Parteifreund Späth in Baden-
Württemberg! Dort haben wir bei der Verteilung der
Aussiedler einen Flächenanteil von sogar 50 %.

(Hört, hört! bei der SPD)

Ich komme zum Schluß.

(Demonstrativer Beifall bei der CDU - Zuruf
des Abgeordneten Nagel [CDU])

- Ja, das tut Ihnen weh, Herr Nagel. Wir werden
auch weiter dafür sorgen, daß in diesen hauptsächlich
belasteten Gemeinden die Menschen wissen, daß es
vor allem die Abgeordneten der CDU sind, die ver-
hindern, daß in diesen ländlichen und auch in Bal-
lungsgebieten eine Entlastung erfolgt, daß endlich
eine gerechtere Verteilung in unserem Lande stattfin-
det!

(Beifall bei der SPD)

Die Änderungen beim Flüchtlingsaufnahmegesetz
bedeuten eine gleichmäßigere Verteilung für unsere
Städte und Gemeinden. Die Landesregierung stellt
sich dieser nicht leichten Aufgabe im Interesse unse-
rer Bürgerinnen und Bürger. Deshalb bin ich sicher:
Das Gesetz hat vor der Verfassung Bestand.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Friebe: Ich danke Ihnen, Herr Minister,
für die Einbringung des Gesetzes.

Ich eröffne die Beratung und erteile Herrn Abgeord-
neten Dr. Linssen für die Fraktion der CDU das
Wort.

Abgeordneter Dr. Linssen (CDU): Frau Präsidentin!
Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr
Heinemann, als erstes möchte ich feststellen: Sie
können offensichtlich bis heute immer noch nicht
verlieren.

(Beifall bei der CDU - Minister Heinemann:
Da sind Sie im Irrtum!)

(D)

Ihre Tiraden zu Beginn gegen das Verfahren, das hier
demokratisch abgelaufen ist und bei dem Sie nun
einmal verloren haben - das müssen Sie doch wohl
anerkennen -, sind völlig unbegründet. Aber Sie
können es offensichtlich nicht verwinden, daß Sie mit
Ihrer absoluten Mehrheit nun endlich einmal auf den
Bauch gefallen sind.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Was Sie hier gemacht haben, ist ein gigantisches
Ablenkungsmanöver. Daß Sie aus diesem Land nicht
abschieben, die Zentralstelle nicht einrichten, die
Sammellager nicht einrichten und dann versuchen,
nur auf Bonn zu schimpfen, ist das alte Muster, das
wir bis zum Stehkragen satt haben.

(Beifall bei CDU und F.D.P. - Abgeordneter
Frey [SPD]: Stimmt aber trotzdem!)

Sie sind mit Ihrer Rede einmal wieder ein sozialpoli-
tischer Brandstifter geworden.

(A) (Dr. Linssen [CDU])

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Herr Heinemann, Sie wissen doch ganz genau so gut wie wir, daß z. B. Aussiedler in diesem Lande Freizügigkeit genießen. Was soll denn der Hinweis auf Baden-Württemberg, daß sie dort anders verteilt würden?

Es gibt ein berühmtes Wort von La Rochefoucauld, das heißt:

Der Verstand dient uns oft dazu, kühn Dummheiten zu begehen.

(Abgeordneter Aigner [SPD]: Wer hat Ihnen das wieder aufgeschrieben?)

Man muß heute hinzufügen: Bei der SPD mit ihren verfassungswidrigen Gesetzentwürfen ist das mit den kühnen Dummheiten in letzter Zeit besonders häufig der Fall.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Ich erinnere nur an das verfassungswidrige Frauenförderungsgesetz und an den untauglichen Versuch, das kommunale Ausländerwahlrecht einzuführen.

(B)

(Abgeordneter Dr. Vesper [GRÜNE]: Das kriegen wir noch hin!)

Mit dem geplanten Versuch, das Flüchtlingsaufnahmegesetz zu ändern, begehen Sie erneut eine kühne Dummheit, verstoßen Sie nach unserer Ansicht erneut gegen die Verfassung.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Gott sei Dank gibt es in den Reihen der SPD auch noch Leute, die ihren Verstand dazu benutzen, kühn die Wahrheit zu sagen. Der Gesetzentwurf der Landesregierung in Düsseldorf, so der SPD-Bundestagsabgeordnete und Landrat des Erftkreises, Klaus Lennartz, sei - ich zitiere - "absoluter Schwachsinn".

(Beifall bei der CDU)

Das können wir nur unterstreichen. Ich werde Ihnen auch sagen, warum:

(C)

Dieser Gesetzentwurf ist absolut untauglich. Dieser Gesetzentwurf ist das völlig falsche Mittel, das Asylproblem zu lösen und die vorhandenen Belastungen in unseren Städten und Gemeinden in den Griff zu bekommen. Der Gesetzentwurf der SPD-Landesregierung verstößt gegen unsere Verfassung. Die im Gesetzentwurf vorgesehene faktische Gleichsetzung von deutschstämmigen Aussiedlern mit Asylanten ist unverantwortlich, gewissenlos und moralisch verwerflich.

(Beifall bei der CDU - Abgeordneter Schultz [SPD]: Was ist daran moralisch verwerflich?)

Ihre Absicht, bei der Verteilung von Asylanten künftig auch die Flächen der Gemeinden zu berücksichtigen, verletzt den verfassungsrechtlichen Gleichbehandlungsgrundsatz

(Abgeordneter Schultz [SPD]: Dolles Menschenbild, was Sie da entwerfen!)

und die kommunale Selbstverwaltungsgarantie gemäß Landesverfassung und Grundgesetz. Eine solche Verteilung ist absolut willkürlich. Dafür gibt es keine sachliche Begründung. Auch der Minister hat heute wiederum keine sachliche Begründung nachgeliefert.

(Beifall bei der CDU)

(D)

Will man sich überhaupt auf Ihre absurden Vorstellungen einlassen, so muß man feststellen: Eine Berücksichtigung des Flächenanteils würde zu einer unverträglichen Belastung der kleineren, flächengrößeren Gemeinden führen. Eine solche Benachteiligung des ländlichen Raums wäre nur dann zu rechtfertigen, wenn dafür überzeugende Gründe geltend gemacht werden könnten.

Aber wo sind Ihre überzeugenden Gründe? Es muß doch jedem klardenkenden Menschen einleuchten, daß Asylanten nicht auf freien Ackerflächen und in Waldgebieten untergebracht werden können, sondern nur in Dörfern und Städten. Auf dem Land gibt es dieselben Unterbringungsschwierigkeiten wie in den Städten auch.

(Beifall bei der CDU)

Ich zitiere:

(A) (Dr. Linssen [CDU])

Wenn Kommunen im ländlichen Raum viel Acker haben, heißt das noch lange nicht, daß sie auch Wohnungen genug haben.

So Ihr SPD-Bundestagsabgeordneter Klaus Lennartz, der diesen simplen Sachverhalt natürlich begreift. Ich nehme an, daß auch SPD-Landtagsabgeordnete sowie die SPD-Landesregierung um diese simple Erkenntnis nicht herumkommen.

(Abgeordneter Frey [SPD]: Falsch zitiert: Aus dem Zusammenhang gerissen!)

- Das ist überhaupt nicht aus dem Zusammenhang gerissen. Lesen sein Interview doch einmal nach. Das ist eine Ohrfeige in das Gesicht der SPD-Landtagsfraktion.

(Beifall bei der CDU)

Was also wollen Sie mit Ihrem Flächenansatz eigentlich bewirken? - Sie bewirken nur sozialen Unfrieden. Herr Heinemann, Sie haben hier gerade daran erinnert, daß wir dem inneren und äußeren Frieden zu dienen haben. Dagegen versündigen Sie sich. Ihre eigentliche Absicht ist klar, Herr Heinemann: Die Kleinstadt Schmalleben mit ihren 25 000 Einwohnern müßte nach Ihren Verteilungsmanipulationen, die Sie hier vorschlagen, mehr Asylanten aufnehmen als die zehnmal größere Stadt Aachen. Dies ist ein Aberwitz.

(B)

(Abgeordneter Mernizka [SPD]: Das ist doch Quatsch!)

Dieses Beispiel macht ganz deutlich, wie absurd, ja, wie ungerecht und wie unausgereift die geplante Gesetzesänderung der SPD-Landesregierung ist. Mit diesem Gesetzentwurf werden soziale Konflikte in ländlichen Gemeinden geradezu vorprogrammiert. Statt zu versöhnen, spaltet die SPD unser Land.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Der ländliche Raum wird gegen den städtischen Raum aufgebracht, die bevorzugte große Stadt gegen die benachteiligte große Stadt.

(Abgeordneter Büssow [SPD]: Lösen Sie sich doch einmal vom Text! - Abgeordneter Frey [SPD]: Reden Sie doch einmal frei!)

(C)

Der Gesetzentwurf ist der billige Versuch der SPD-Landesregierung, durch die Verknüpfung und Gleichsetzung von Asylbewerbern mit deutschstämmigen Aussiedlern von ihrem kläglichen Scheitern in der Asylpolitik abzulenken.

(Beifall bei CDU und F.D.P. - Abgeordneter Büssow [SPD]: Sie haben sich in der Zeile vertan!)

Auch das hat Ihr ja sicherlich mit Verstand begabter Kollege Lennartz (SPD) festgestellt.

(Abgeordneter Büssow [SPD]: Mehr können Sie auch nicht zitieren?)

Mit dem Flüchtlingsaufnahmegesetz - ich zitiere - "wird das Problem nämlich die hohe Zahl von ausländischen Flüchtlingen, nicht gelöst, sondern hin- und hergeschoben."

(Beifall bei der CDU)

Hören Sie endlich auf mit diesem Hin- und Hergeschiebe des Asylproblems!

(Abgeordneter Büssow [SPD]: Was wollen Sie denn?)

(D)

Ich zitiere:

Es kann doch nur darum gehen, daß man die Dinge so anpackt, wie sie sich aufgrund der Fakten ergeben.

So äußerte sich gestern in die "Welt" der Mannheimer Oberbürgermeister Gerhard Widder, Sozialdemokrat und Präsident des Städtetages von Baden-Württemberg, für den ganz klar ist, daß das Asylproblem nicht, wie von Ihnen oft behauptet, nur ein Abschiebeprobem, sondern in erster Linie ein Zugangsproblem ist.

(Beifall bei der CDU)

Der SPD-Oberbürgermeister spricht sich energisch dafür aus, Asylbewerbern aus Ländern, in denen keine politische Verfolgung herrscht, die Einreise in die Bundesrepublik schon an der Grenze zu verwehren.

(A) (Dr. Linssen [CDU])

(Abgeordneter Büssow [SPD]: Woher wissen Sie das denn?)

Ich zitiere:

Wer vor Ort die Dinge sieht, wer sieht wie handlungsunfähig die Kommunen in den Fällen werden, in denen sie wirklich Hilfe zu leisten hätten, der kann zu keiner anderen Bewertung kommen.

Diese Bewertung lautet: Das Asylproblem ist in erster Linie ein Zugangsproblem und weniger ein Verwaltungs- und Abschiebeprobem. Um das Zugangsproblem in den Griff zu bekommen, brauchen wir endlich die Änderung des Grundgesetzes.

(Beifall bei der CDU)

Wer mit Fensterreden und gesetzeswidrigen Verteilungsmanipulationen versucht, sich an einer Grundgesetzänderung vorbeizumogeln, der täuscht den Bürger und provoziert genau die Ausländerfeindlichkeit, die wir alle nicht wollen.

(Zuruf des Ministers Dr. Schnoor - Beifall bei der CDU)

(B) Zur Lösung des Asylproblems, meine Damen und Herren: Absolut untauglich ist die von der SPD vorgesehene Gleichsetzung von deutschstämmigen Aussiedlern mit Wirtschaftsasylanten.

(Abgeordneter Frey (SPD): Das ist absolut nicht so klar!)

Diese Ungleichbehandlung ist widersinnig. Sie hat mit sozialer Politik, wie sie sich die SPD immer wieder an ihre Fahnen zu heften versucht, nichts, aber auch rein gar nichts zu tun.

(Abgeordneter Büssow (SPD): Wie viele sollen denn kommen Ihrer Meinung nach? 2 Millionen?)

Deutsche, die als Aussiedler im Gegensatz zu den Asylbewerbern völlige Freizügigkeit genießen, wenn sie bei uns sind, kann man weder verteilen noch auf irgendwelche Verteilungsquoten anrechnen. Die Rechenmodelle der SPD-Landesregierung sind durchsichtige Versuche, sich aus ihrer staatspolitischen Verantwortung hinauszustehlen. Die Bürger werden

(C)

dieses dumme und törichte Doppelspiel durchschauen.

(Abgeordneter Frey (SPD): Ihr Doppelspiel!)

Sicher werden sie Ihnen auch die Quittung dafür am 2. Dezember erteilen.

(Beifall bei der CDU)

Für die Bundesrepublik Deutschland besteht ein historisch gewachsener Verantwortungsunterschied zwischen Deutschen und Asylbewerbern. Dies zu erkennen, müßte auch den Sozialdemokraten bei klarem Verstand möglich sein.

(Beifall bei der CDU)

Ich warne die SPD vor dem erneuten Versuch, Millionen von Deutschen durch Aberkennung ihrer deutschen Staatsbürgerschaft auszugrenzen.

(Beifall bei der CDU)

Wenn man Herrn Heinemann auf dem Parteitag der SPD Westliches Westfalen gehört hat, weiß man, wohin die Reise in diesem Land gehen soll. Unser politisches Ziel ist und war es, durch gezielte Hilfen dafür zu sorgen, daß die Lebensbedingungen der Deutschen in Osteuropa vor Ort verbessert werden. Diesem Ziel dient auch der deutsch-sowjetische Generalvertrag, den Bundeskanzler Kohl und der sowjetische Ministerpräsident Michail Gorbatschow letzten Freitag unterzeichnet haben.

(D)

Wir wollen, daß die Deutschen in Osteuropa menschenwürdige Lebensbedingungen bekommen. Dazu gehört für die CDU auch ein Volksgruppenrecht und kulturelle Identität. Daß die CDU auf dem richtigen Weg ist, beweisen die sinkenden Aussiedlerzahlen. Diese Menschen haben in unsere Politik Vertrauen gefaßt.

Meine Damen und Herren! Wir haben den Landtag mehrfach aufgefordert, die Asylverfahren zu beschleunigen und im ganzen Land flächendeckend Sammellager einzurichten und zu betreiben. Wir haben allein in dieser Legislaturperiode den Landtag mehrfach aufgefordert, zur Lösung des Zugangsproblems beizutragen und endlich einer Grundgesetzänderung zuzustimmen.

(A) (Dr. Linssen [CDU])

Präsidentin Friebe: Herr Abgeordneter, kommen Sie bitte zum Schluß!

Abgeordneter Dr. Linssen (CDU): Ich komme zum Schluß.

Sollte die SPD hier im Landtag bei ihrer Ablehnung einer Grundgesetzänderung bleiben und weiterhin auf einer Änderung des Flüchtlingsaufnahmegesetzes beharren, dann ist klar: Jede Wählerstimme für die SPD ist eine Stimme für Verteilungsmanipulationen, nicht für eine Politik, die das Übel an den Wurzeln anpackt. Sie ist eine Stimme - -

(Zuruf von der SPD: Wo sind wir eigentlich hier? - Weitere Zurufe)

Meine Damen und Herren! Ich fordere die SPD auf, ihren undurchdachten, asozialen und verfassungswidrigen Gesetzentwurf zurückzuziehen.

(Zuruf des Ministers Heinemann - Beifall bei der CDU)

(B) Präsidentin Friebe: Für die Fraktion der SPD erteile ich Herrn Abgeordneten Kuschke das Wort.

Abgeordneter Kuschke (SPD): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Herr Dr. Linssen, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die SPD-Fraktion - ich sage das zu Beginn - ist stolz darauf, einen Minister wie Hermann Heinemann in ihren Reihen zu haben,

(Beifall bei der SPD - Lachen und Zurufe von der CDU)

stolz darauf, einen Minister in ihren Reihen zu haben, der sich an seinem Gespür für soziale Gerechtigkeit und soziale Fürsorge von keinem überbieten läßt.

(Weitere Zurufe von der CDU)

Herr Dr. Linssen, er läßt sich - - Das scheint Sie ja zu erregen - -

(Abgeordneter Schauerte (CDU): Zu erheitern!
- Weitere Zurufe - Glocke der Präsidentin)

(C)

Herr Dr. Linssen, dieser Minister läßt sich erst recht nicht von Ihnen, dem Statthalter eines Ministers, der eine bankrotte Gesundheitsreform zu verantworten hat, überbieten.

(Beifall bei der SPD - Weitere Zurufe von der CDU)

Herr Kollege Dr. Linssen, ich will Ihnen auch ganz deutlich sagen, was Sie nicht nur in unseren Augen, sondern auch in den Augen der Bevölkerung sind: Sie sind der Vorsitzende einer Landtagsfraktion, die in dieser Legislaturperiode und auch heute wiederum bewußt gegen die Interessen der Bürgerinnen und Bürger dieses Landes verstoßen hat.

(Beifall bei der SPD)

Ich will auch noch einmal auf das zurückkommen, was hier in der vergangen Woche passiert ist. Daß die Nichtanwesenheit von Kolleginnen und Kollegen unserer Fraktion kein Ruhmesblatt war, darüber brauchen wir nicht zu sprechen. Aber was Sie gemacht haben, war ein Bruch parlamentarischer Gepflogenheiten. Das muß auch einmal ganz deutlich festgehalten werden.

(Beifall bei der SPD - Abgeordneter Dorn (F.D.P.): Sie haben überhaupt nicht begriffen, um was es ging!)

(D)

Es hat eine interfraktionelle Übereinkunft im Ältestenrat gegeben, die lautete: zu überweisen. Daran haben Sie sich nicht gehalten.

(Abgeordneter Aigner (SPD): Das liegt an dem, was ihr gemacht habt!)

Das ist die formale Seite. Herr Kollege Dr. Linssen, wir werden es vom heutigen Tage an deutlich machen: Was dahintersteckt, ist doch etwas ganz anderes. Die Spatzen pfeifen es doch vom Dach, daß Sie in Ihrer eigenen Fraktion enorme Probleme mit der Ablehnung des Flüchtlingsaufnahmegesetzes haben. Das wollen Sie durch dieses Theater verschleiern.

(Beifall bei der SPD - Abgeordneter Böse (SPD): Wir können Sie namentlich nennen! - Zurufe von der CDU)

(A) (Kuschke [SPD])

Herr Kollege Dr. Linssen, Sie haben in der vergangenen Woche hier ein Verhalten an den Tag gelegt, indem Sie hier namentlich versucht haben, Kolleginnen und Kollegen aufzuzählen, von denen Sie glauben, sie seien nicht da - übrigens ein Verhalten, das mich an ganz andere Gepflogenheiten erinnert; das nur nebenbei! Da Sie das aber schon einmal angeführt haben, will ich das auch tun. Meine Damen und Herren! Wie rechtfertigt denn der Kollege Engelhardt aus Wuppertal die Tatsache, daß er den Bürgerinnen und Bürgern klarmachen muß, daß er sich dagegen ausspricht, die Stadt Wuppertal von 612 Asylbewerbern zu entlasten?

(Beifall bei der SPD)

Wie rechtfertigt sich der Kollege Hegemann vor den Bürgerinnen und Bürgern, daß der Kreis Recklinghausen von 940 Asylbewerbern entlastet werden soll? Wie rechtfertigt sich die Kollegin Keller? Wie sieht es erst mit Kollegen wie Twenhöven, Strothmann und Balke aus? Herr Landrat Balke, ich frage Sie: Wie erklären Sie es den Bürgerinnen und Bürgern im Kreis Gütersloh, daß Sie gegen dieses Gesetz stimmen wollen?

(B)

(Beifall bei der SPD - Abgeordneter Schauerte [CDU]: Das ist eine Spaltertätigkeit, die Sie hier betreiben! - Weitere Zurufe von der CDU)

Präsidentin Friebe: Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Abgeordneter Kuschke (SPD): Nein.

(Unruhe - Glocke der Präsidentin)

- Herr Schauerte, daß Sie auch in dieser Frage der Oberspalter sind, steht für uns außer Zweifel.

(Beifall bei der SPD)

Herr Kollege Dr. Linssen, Sie haben mit Recht davon gesprochen, daß die Problematik des Asyls eine Zugangsproblematik ist. Ich glaube, darüber gibt es in unseren Reihen gar keine Diskussion.

(Abgeordnete Hieronymi [CDU]: Aha!)

(C)

Das, was das Kabinett im August vorgelegt hat und was wir hier im Landtag als Antrag verabschiedet haben, benennt auch die Probleme, um die es geht.

Es geht darum, die Situation in den Herkunftsländern zu beeinflussen und humanitäre Hilfe vor Ort zu leisten. Es geht darum, den unkontrollierten Zugang einzudämmen, Schlepperorganisationen das Handwerk zu legen, die Prüfung der Asylverfahren weiter zu beschleunigen, materielle Anreize für die Zuwanderung abzubauen und die Unterbringungssituation in den Gemeinden zu entschärfen. Darüber gibt es überhaupt keinen Dissens. Da sind wir einer Meinung, Herr Kollege Dr. Linssen.

Wir sollten sehr sorgfältig darauf achten, welche Aufgaben der Bund, welche Aufgaben das Land und welche Aufgaben die Gemeinden zu erfüllen haben. Nur, Herr Dr. Linssen, wenn Sie sich in dieser Deutlichkeit heute hier hinstellen und diese Trennung zwischen Aussiedlern und Asylbewerbern treffen, dann sage ich Ihnen in Anlehnung an das, was Sie ausgeführt haben: Ihre Aussage heute vor diesem Hohen Hause ist ein Freibrief für Aussiedlerzuströme in ungewohnter Größenordnung.

(Beifall bei der SPD - Widerspruch bei der CDU)

(D)

Dann müssen Sie den Menschen im Lande demnächst auch klarmachen, warum Sie dafür sind, daß die Städte und Gemeinden, was den Zustrom von Aussiedlern anbelangt, nach Ihrer Vorstellung in beliebiger Größenordnung belastet werden können.

(Beifall bei der SPD)

Herr Kollege Dr. Linssen, die SPD-Fraktion hat Ihnen sozusagen die Chance gegeben, daß Sie jetzt ein paar Tage mehr Zeit hatten, sich den Antrag anzuschauen und ihn durchzulesen. Dazu sind Sie - aus welchen Gründen auch immer - nicht gekommen. Sie wollten ihn ja auch nicht lesen, Sie wollten sich nicht mit den Inhalten auseinandersetzen. Ihnen ging es um etwas anderes, Ihnen ging es um den 2. Dezember.

Ich glaube nicht, daß Ihnen diese Diskussion in Richtung 2. Dezember viel bringen wird; denn sonst hätten Sie feststellen müssen, daß beispielsweise die Forderung, die die Landesregierung im Flüchtlings-

(A) (Kuschke [SPD])

aufnahmegesetz aufgegriffen hat, nämlich eine gemeinsame Quote der Anrechnung zwischen Aussiedlern, Asylbewerbern und De-facto-Flüchtlingsen zu schaffen, eine übereinstimmende Forderung aller kommunalen Spitzenverbände, des Städte- und Gemeindebundes, des Städtetages und des Landkreistages, ist. Wie wollen Sie denn gegenüber diesen Organisationen die Haltung rechtfertigen, die Sie heute eingenommen haben?

Herr Kollege Dr. Linssen, liebe Kolleginnen und Kollegen, nehmen Sie zur Kenntnis - wir kennen den Briefverkehr, der mittlerweile stattfindet -, daß auch aus CDU-regierten Städten und Gemeinden dieses Landes erhebliche Zweifel an der Haltung der CDU-Landtagsfraktion in der vergangenen Woche deutlich geworden sind. Wir werden ihnen dabei helfen, wenn es darauf ankommt, Sie an das zu erinnern, was Ihre eigene Parteibasis von Ihnen einfordert.

(Zuruf der Abgeordneten Hieronymi [CDU])

Meine Damen und Herren, die SPD-Landtagsfraktion begrüßt nochmals den Gesetzentwurf der Landesregierung. Was wir hier heute erlebt haben, war wieder einmal ein asozialer Lins(s)eneintopf ohne jegliches Fleisch.

(B) (Lebhafter Beifall bei der SPD - Zurufe von der CDU)

Da das unter Umständen nicht jeder verstanden hat, wiederhole ich gern: Das war ein asozialer Lins(s)eneintopf ohne jegliches Fleisch.

(Erneut Beifall bei der SPD - Lebhaftige Zurufe von der CDU)

Wir werden den Gesetzentwurf der Landesregierung unterstützen. Wir werden ihn im Ausschuß beraten, und ich bin mir sicher, daß wir ihn in dem vorgesehenen Zeitplan mit der Mehrheit der SPD-Fraktion auch verabschieden werden. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Friebe: Ich erteile Herr Abgeordneten Lanfermann für die Fraktion der F.D.P. das Wort.

(C)

Abgeordneter Lanfermann (F.D.P.): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Wir wollen uns kurz erinnern: Am vergangenen Mittwoch hatte die SPD keine Mehrheit, diesen Gesetzentwurf weiterbehandeln zu lassen.

(Abgeordneter Büssow [SPD]: Aber heute!)

Sie hatte nicht einmal mehr die Mehrheit, in diesem Landtag überhaupt etwas zu beschließen.

(Beifall bei der CDU)

Dies ist ein normaler parlamentarischer Zustand, wenn sich die Mehrheit nicht vollständig versammeln kann. Ich bitte das auch nicht zu kritisieren.

Wenn Sie auf parlamentarische Gepflogenheiten hinweisen, Herr Kollege Kuschke, dann erinnere ich an die Versuche der F.D.P.-Fraktion, wenigstens zu einer Diskussion über unsere Vorstellungen zu einer Novellierung des Landespersonalvertretungsgesetzes zu kommen. Das haben Sie hier, um es schlicht und einfach zu sagen, mehrmals brutal in erster Lesung abgewürgt.

(Beifall bei der F.D.P. - Abgeordneter Frechen [SPD]: Der Gesetzentwurf war ja auch sozialschädlich! - Abgeordneter Frey [SPD]: Sie müssen auch vernünftige Entwürfe vorlegen! Wir können uns nicht über jeden Quatsch unterhalten!)

(D)

Machen Sie also bitte niemandem einen Vorwurf, wenn Sie damit nur an alte eigene Sünden erinnert werden.

Minister Heinemann hat mit pathetischen Worten an die Landesverfassung erinnert und auch gesagt, das vorgelegte Gesetz sei verfassungskonform. Nun haben wir natürlich Zweifel, wenn so etwas von dieser Landesregierung gesagt wird.

(Zustimmung des Abgeordneten Dr. Linssen [CDU])

Aber Sie brauchen nicht einmal auf die Verfassung zu schauen. Sie sehen ja, das Gesetz ist ohnehin schon unbrauchbar.

(A) (Lanfermann [F.D.P.]

Sie, Herr Minister Heinemann, haben heute wie am letzten Mittwoch mit keinem Wort das getan, was in der Tagesordnung angekündigt war, nämlich einen Gesetzentwurf einzubringen, das heißt doch, wenigstens mit ein paar einfachen verständlichen Worten einmal zu erklären, worum es eigentlich wirklich geht und wo eigentlich die Rechtfertigung für eine Änderung liegt. Sie, Herr Minister Heinemann, haben gesagt, Sie wollten endlich etwas sozial Verantwortliches. Was ist denn in den letzten Jahren dann in diesem Lande bei der Verteilung von Flüchtlingen geschehen? War das unter Ihrer Amtsführung also sozial unverantwortlich? Darauf hätte ich mir eine Antwort gewünscht.

Sie haben nichts zur Begründung vorgetragen. Im übrigen ist auch von seiten der SPD-Fraktion nichts zu den Fragen gekommen, die ich am letzten Mittwoch hier gestellt habe. Ich wiederhole die Fragen: Wann ist ein Aussiedler denn noch ein Aussiedler bei Ihrem Versuch, alles durcheinanderzumischen und zu verrechnen? Sind es die ersten sechs Tage, sechs Wochen, sechs Monate? In welcher Wohnung muß er noch leben, behelfsweise oder auf Dauer, damit Sie überhaupt diese seltsame Anrechnung anwenden können? Davon steht nichts im Gesetz, und Ihr Gesetz scheitert schon daran, daß man es gar nicht anwenden kann. Es ist mit der heißen Nagel gestriekt, weil Sie es so eilig haben.

(B)

Es war geradezu bezeichnend, daß der Kollege Kuschke eben wieder in seinem Schlußwort großen Wert darauf gelegt hat, Sie wollten es in dem vorgesehenen Zeitplan verabschieden. Das heißt also, es soll zum 1. Januar 1991 in Kraft treten.

Da, meine Damen und Herren, wird man doch mißtrauisch. Warum eigentlich? Diese Berechnung, die Sie da vorhaben, könnten Sie doch auch ab dem 1. Februar oder März oder April machen. Hier wird schon dazu aufgerufen, daß man sich gleich nach diesem Tagesordnungspunkt im Ausschuß für Arbeit, Gesundheit und Soziales versammeln soll, um das weitere Vorgehen abzusprechen, weil es ganz schnell gehen soll, damit das, was Sie im Ältestenrat dann zugestehen mußten, was hier, wenn Sie die Überweisung heute durchsetzen sollten, dann geschehen soll, möglichst schnell geschieht.

Meine Damen und Herren! Hier sind mehrere Probleme auf dem Tisch. Am 1. Januar 1991 soll dieses

(C)

Gesetz in Kraft treten. Am 1. Januar treten die meisten Bestimmungen des neuen Ausländerrechts im Bunde in Kraft. Das heißt, die vom Innenminister jetzt bewußt über die Bundestagswahl geschobene Entscheidung, wer von den Roma, denen er hier völlig unberechtigt ein Bleiberecht einräumen will, abgeschoben wird oder wer denn wenigstens zu den 1000 gehören soll, die dann eventuell bleiben können, diese Entscheidung steht seit Monaten aus. Die Akten können nicht bearbeitet werden, weil diese Vorentscheidung nicht getroffen wird. Es sind rechtskräftig abgeschlossene Asylverfahren, d.h., diese Leute müssen nach Recht und Gesetz abgeschoben werden, wenn nicht Herr Schnoor sein "Privat-Recht" anwendet.

(Zustimmung des Abgeordneten Dr. Linssen [CDU])

Jetzt schiebt er es über die Bundestagswahl am 2. Dezember. Vor dem 1. Januar 1991 können Sie die Entscheidung noch treffen, wenn Sie wollen. Nach dem 1. Januar, wenn Sie die Abschiebung auf Dauer aussetzen - über sechs Monate -, brauchen Sie das Einvernehmen des Bundesinnenministers. Die Situation möchte ich jetzt auch geklärt haben, wenn Sie hier solche Gesetzentwürfe einbringen.

(D)

Deshalb fordere ich Sie auf, Herr Innenminister: Erklären Sie uns bitte jetzt, daß Sie dann, nachdem Sie es schon so lange aufgeschoben haben und die Verhandlungen in Jugoslawien offensichtlich bisher nichts erbringen, diese Dauerentscheidung nicht vor dem 1. Januar 1991, nicht vor dem Mitspracherecht des Bundes treffen, sondern bitte auch bis nach der Weihnachtspause warten und dann erst diese Entscheidung im Einvernehmen mit dem Bundesinnenminister treffen, falls Sie das noch wollen. Auch das steht heute zur Debatte.

Den Gesetzentwurf lehnt die F.D.P. nach wie vor ab.
- Vielen Dank.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Präsidentin Friebe: Für die Fraktion DIE GRÜNEN erteile ich das Wort Herrn Abgeordneten Kreutz.

(A)

Abgeordneter Kreutz (GRÜNE): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die GRÜNEN lehnen die Änderung des Flüchtlingsaufnahmegesetzes ab. Wir tun dies allerdings aus völlig entgegengesetzten Gründen

(Aha! und Hört, hört! bei der SPD - Beifall bei den GRÜNEN)

als die rechte Opposition in diesem Hause, für deren asylfeindliche Demagogie Herr Linssen heute morgen wieder ein treffendes Beispiel gegeben hat.

Ich bekräftige, was ich für unsere Fraktion schon in der vergangenen Woche zu dieser Frage gesagt habe. Die Landesregierung - und alle anderen Fraktionen in diesem Hause sind sich in diesem Punkt auch einig - will im Hinblick auf die Sozialhilfeleistungen für Asylsuchende durch die Änderung von § 6 Abs. 4 des Flüchtlingsaufnahmegesetzes Unrecht zu Recht machen. Sie wollen das nach geltendem Recht in der Bundesrepublik festgeschriebene Minimum für ein menschenwürdiges Leben den Asylsuchenden vorenthalten, Sie wollen politisch Verfolgte zur Abschreckung anderer zu einem Leben im Elend verdammen, Sie praktizieren eine Politik der sozialen Geiselnahme.

(B)

(Widerspruch bei der SPD)

Wir haben in aller Deutlichkeit darauf hingewiesen,

(Abgeordneter Schultz [SPD]: Genauso wie Herr Linssen! Ganz genauso!)

daß pauschale Verkürzungen der Sozialhilfe für Asylsuchende auf das zum Lebensunterhalt Unerläßliche - und darum geht es Ihnen ja - nach herrschender Meinung im Sozialrecht schlicht und ergreifend rechtswidrig sind.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich habe Ihnen vergangene Woche ausführlich den Kommentar zu § 120 Bundessozialhilfegesetz zitiert. Doch bisher sind Sie mit keinem Wort auf diese Feststellungen eingegangen. Sie haben heute erneut die Gelegenheit versäumt, sich zu dieser Rechtslage klar zu äußern.

(C)

Wir müssen daraus den Schluß ziehen, daß ganz offensichtlich für die Landesregierung die Mehrheitsfraktion in diesem Hause Recht und Gesetz nur dann beachtenswert sind, wenn man daraus Vorwände zur Abbügelung ökologischer und sozialer Reformen konstruieren kann.

(Beifall bei den GRÜNEN - Abgeordneter Hovest [SPD]: So ein Schwachsinn!)

Ich will Ihnen nicht vorenthalten, meine Damen und Herren von der SPD-Fraktion, wie sich der Staatssekretär der Berliner Senatsverwaltung für Gesundheit und Soziales, der SPD-Kollege Armin Tschoepe, zu dem Versuch des Landes Baden-Württemberg äußerte, durch ein Asylbewerber-Leistungsgesetz die Sozialhilfe für Asylsuchende zu kürzen.

Ich zitiere mit Erlaubnis der Präsidentin aus einer Stellungnahme vom 23. August dieses Jahres. Dort heißt es:

Asylbewerber haben, wie jeder andere auch, das Recht, am gesellschaftlichem Leben hier teilzunehmen. Daraus folgt, daß die Leistungen entsprechend zu bemessen sind.

Und weiter:

Aufgabe der Sozialhilfe ist es, dem Empfänger der Hilfe die Führung eines Lebens zu ermöglichen, das der Würde des Menschen entspricht. Diese Würde ist nicht abstufbar. Sie gilt für alle Menschen gleichermaßen.

(D)

(Zustimmung bei den GRÜNEN)

Sozialhilferecht ist Teil des Rechtes der sozialen Sicherheit als Kernbereich des Sozialrechts. Eine Beschneidung dieser Funktion durch Gewährung von Minderleistungen würde dazu beitragen, sozialhilferechtlich bedürftige Asylbewerber noch weiter in einen Randbereich unseres Gesellschaftssystems zu drücken. Das ist mit den Prinzipien des Sozialhilferechts nicht vereinbar.

Soweit, Herr Minister Heinemann, der Berliner Kollege von Herrn Bodenbender.

(A) (Kreutz [GRÜNE])

Zu der umstrittenen Frage der Einführung eines neuen Verteilungsschlüssels möchte ich den Kolleginnen und Kollegen von der SPD-Fraktion folgendes zu bedenken geben: Der Flächenschlüssel suggeriert doch, daß Kreise und Gemeinden im ländlichen Raum von der Wohnungsnot irgendwie verschont sind. Dabei wissen Sie ja sehr gut, daß das nicht der Fall ist. Dazu kommt, daß die Bevölkerung in den städtischen Ballungsräumen oft weitaus mehr an ein Zusammenleben mit Flüchtlingen und Asylsuchenden gewöhnt ist, als es in mancher Gemeinde im ländlichen Raum bis heute der Fall ist.

Wenn man jetzt einfach die Zuweisung an die ländlichen Gemeinden erhöht, ohne damit zugleich konkrete Sofortmaßnahmen zur Schaffung zusätzlicher menschenwürdiger Unterbringungsmöglichkeiten zu verbinden, dann provoziert man doch sehenden Auges eine neue Welle von asylfeindlichen Reaktionen, die Herrn Linssen, der hier noch "Haltet den Dieb" ruft, und der extremen Rechten den Boden für ihren künftigen Kampagnen bereiten wird.

(Zurufe von der SPD)

(B) Die Einbeziehung von Aussiedlerinnen in die Berechnung der Zuweisungsquoten wird von uns nicht grundsätzlich kritisiert. Wir GRÜNEN treten ja nicht erst seit heute dafür ein, daß diese völkische Ungleichbehandlung sogenannter deutschstämmiger Aussiedler/innen einerseits und von De-facto-Flüchtlingen und Asylsuchenden andererseits beendet wird.

Doch wenn man das jetzt einfach ausschließlich bei den Zuweisungsquoten macht, ohne konkrete flankierende Maßnahmen durchzuführen, dann werden diejenigen recht behalten, die einen kommunalen Wettbewerb um die Aufnahme von Aussiedler/innen befürchten, weil man sie für besser integrierbar und für wirtschaftlich brauchbarer hält.

Die Kommunen, die dann schließlich überwiegend Flüchtlinge und Asylsuchende aufnehmen müssen, werden sich vorkommen - gerade bei der Stimmung, die die Union hier im Lande erzeugt - wie die sprichwörtlichen Letzten, die die Hunde beißen.

Präsidentin Friebe: Herr Abgeordneter, kommen Sie bitte zum Schluß. Ihre Redezeit ist zu Ende.

(C)

Abgeordneter Kreutz (GRÜNE): Wenn wir das nicht wollen, dann brauchen wir zusätzliche Mittel für Unterbringungsmöglichkeiten, und dann müssen wir auch den Bund in die Pflicht nehmen. Wir brauchen außerdem eine Initiative des Landes zur Akzeptanz- und Sympathiewerbung für Asylsuchende und Flüchtlinge, wie es sie für Aussiedlerinnen und Aussiedler längst gibt. - Danke schön.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsidentin Friebe: Meine Damen und Herren! Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Wir kommen zur Abstimmung. Wer der Überweisung des Gesetzentwurfs Drucksache 11/676 an den Ausschuß für Arbeit, Gesundheit, Soziales und Angelegenheiten der Vertriebenen und Flüchtlinge - federführend -, an den Ausschuß für Innere Verwaltung und den Ausschuß für Kommunalpolitik zustimmen möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. - Danke schön. Ich bitte um die Gegenprobe. - Danke schön. Enthält sich jemand der Stimme? - Danke schön. Damit ist das so beschlossen.

(Beifall bei der SPD)

(D)

Ich rufe Punkt 2 der Tagesordnung auf:

Siebtes Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung der Verwaltungsgerichtsordnung im Lande Nordrhein-Westfalen

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 11/526

erste Lesung

Ich erteile Herrn Justizminister Dr. Krumsiek das Wort.

Justizminister Dr. Krumsiek: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die Landesregierung legt Ihnen heute einen Gesetzentwurf vor, mit dem die Zuständigkeit der Verwaltungsgerichte in asylrechtli-